

GRÜNE Bad Zwischenahn

Kommunalwahlprogramm 2026



| | |
|--|-----------|
| <i>Präambel</i> | 3 |
| <i>Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise</i> | 4 |
| <i>Naturschutz</i> | 5 |
| <i>Bauen und Wohnen</i> | 6 |
| <i>Ausweisung von Flächen für die Windenergie</i> | 8 |
| <i>Ausbau der Photovoltaik</i> | 8 |
| <i>Mobilität und Verkehr</i> | 9 |
| <i>Kommunale Finanzen</i> | 10 |
| <i>Kommunale Wirtschaftspolitik</i> | 11 |
| <i>Kultur und Sport</i> | 12 |
| <i>Familie , Jugend und ein gemeinsames Miteinander</i> | 12 |

Präambel

Bad Zwischenahn soll eine lebenswerte und zukunftsfähige Gemeinde für alle Menschen sein. Eine Gemeinde für jung und alt, Familien und Alleinlebende und alle Menschen die hier wohnen möchten. Mit diesem Programm legen wir konkrete Vorschläge vor, wie wir unsere Gemeinde nachhaltig gestalten, die Lebensqualität erhöhen und Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen.

Wir stellen Klimaschutz und Artenvielfalt in den Mittelpunkt unserer Politik: Bad Zwischenahn soll bis 2035 klimaneutral, unsere Wälder, Moore, Gewässer und Grünflächen geschützt und die Wasserqualität des Zwischenahner Meers verbessert werden. Gleichzeitig achten wir auf soziale Gerechtigkeit: Klimaschutz und nachhaltige Maßnahmen sollen allen Menschen zugutekommen.

Wir wollen Kultur, Sport und Gemeinschaft fördern: Bestehende Einrichtungen stärken, neue Projekte ermöglichen und Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen einbeziehen. Familien, Kinder und Jugendliche stehen dabei im Mittelpunkt: Kitas, Schulen, Spielplätze und Freizeitangebote sollen bedarfsgerecht, modern und inklusiv gestaltet werden.

Bad Zwischenahn soll ein Ort sein, an dem alle Menschen sicher, selbstbestimmt und miteinander leben können. Wir setzen auf transparente Entscheidungen, echte Bürgerbeteiligung und ein starkes Miteinander in allen Ortsteilen. Unsere Gemeindeentwicklung soll nachhaltig, sozial und generationengerecht sein. Mit ehrgeizigen Projekten, aber immer im Einklang mit der Natur und dem Gemeinwohl.

Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise

Wir haben es in den letzten Jahren auch bei uns in Deutschland sehr deutlich gemerkt: Die Klimakrise ist längst da. Heiße und trockene Sommer haben unsere Wälder deutlich geschädigt und zehntausende Hektar Wald absterben lassen. Um den Jahreswechsel 2023/24 war Niedersachsen großflächig von Überschwemmungen betroffen: Wohnungen und Straßen standen unter Wasser und Getreide ist auf überschwemmten Äckern verfault. Wir müssen uns also auch an die Folgen der Klimakrise anpassen und uns bestmöglich vor Hitze und Überschwemmungen schützen.

Die bereits eingetretenen Folgen der Klimakrise machen auch deutlich: Klimaschutz ist auch eine soziale Frage. Es sind vor allem die ärmeren Menschen, die in alten, schlecht gedämmten Wohnungen an den viel befahrenen Straßen der Innenstädte leben und deshalb doppelt betroffen sind: Von der Überhitzung unserer Städte, aber auch von steigenden Preisen für Gas und Öl, die u.a. von Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise wie dem Emissionshandel mitverursacht werden. Deshalb treten wir GRÜNEN nicht nur auf der Bundesebene für ein soziales Klimageld ein, sondern werden auch vor Ort, bei der konkreten Umsetzung des klimaneutralen Umbaus auf die sozialen Folgen der getroffenen Maßnahmen achten.

Konkret wollen wir

- zur Verbesserung des Ortsklimas und der Aufenthaltsqualität an allen geeigneten Stellen im öffentlichen Raum großkronige Bäume pflanzen. Auf neuen oder umgestalteten Parkplätzen und Einstellflächen muss grundsätzlich ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätzen gepflanzt werden.
- die Begrünung von Fassaden und Dächern fördern. Die Fassaden kommunaler Gebäude sind grundsätzlich zu begrünen, sofern dem keine architektonischen oder bauwerkliche Gründe und keine Gründe des Denkmalschutzes entgegen stehen.
- das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser – soweit möglich – ortsnah verwenden. Ist dies nicht möglich, soll es versickern und nicht in den nächsten Graben oder Bach abgeleitet werden. Wir brauchen ein sinnvolles Wassermanagement.
- Den Gebäudebestand im Eigentum der Gemeinde weiter bestmöglich energetisch sanieren.
- dafür eintreten, unsere Moore als große Kohlenstoffspeicher durch Wiedervernässung zu erhalten.

Naturschutz

Der Verlust der Artenvielfalt ist eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit: sowohl global, als auch vor unserer eigenen Haustür ist es um unsere Natur nicht gut bestellt. Die Hälfte von 11.000 niedersächsischen Tier- und Pflanzenarten ist bedroht, rund 62 Prozent aller Wildbienenarten sind in ihrem Bestand gefährdet und bereits 12 Millionen Vogelbrutpaare sind bundesweit in den letzten zehn Jahren verschwunden. Gemeinsam mit Umweltverbänden haben wir Grünen in Niedersachsen deshalb den Schutz unserer Natur und unserer heimischen Arten mit einem Volksbegehren Artenvielfalt entscheidend vorangebracht. Aus dem Volksbegehren ist der „Niedersächsische Weg“ entstanden, bei dem entscheidende Weichenstellungen für den Naturschutz im Konsens zwischen Politik, Landnutzer- und Naturschutzverbänden vorgenommen werden konnten. Nun gilt es, diesen Konsens vor Ort gezielt umzusetzen und im Sinne dieses Konsenses auch in örtlicher Zuständigkeit zu agieren.

Wir wollen

- baldmöglichst keine zusätzlichen Flächen mehr in Anspruch zu nehmen: Neue Wohnungen müssen vordringlich im bereits bebauten Bereich entstehen und neue Straßen brauchen wir ebenfalls nicht mehr, sondern was da ist, muss instand gehalten werden.
- Eingriffe in die Natur aufgrund der Ausweisung von Bauflächen müssen durch Aufwertungen an anderer Stelle vollständig kompensiert werden.
- dafür sorgen, dass nicht bebaute Flächen in Baugebieten auch begrünt werden.
- bestehende Überschwemmungsgebiete konsequent von weiterer Bebauung frei halten.
- öffentliche Grünflächen im bebauten Bereich naturnahe gestaltet werden, soweit das mit ihrer eigentlichen Zweckbestimmung vereinbar ist.
- an Kreis- und Gemeindestraßen neue Alleen anlegen, soweit das mit der Verkehrssicherheit vereinbar ist und die bestehenden Alleen und Baumreihen schützen.
- die naturnahe Umgestaltung privater Gärten fördern.
- 10% der Fläche unserer Gemeinde als Biotopverbund wirksam schützen. Das können Hecken, Alleen, Feldgehölze, Kleingewässer, Wegseitenräume, Feldraine etc. sein.
- dass landwirtschaftliche Nutzflächen im Eigentum der Gemeinde bzw. gemeindlichen Stiftungen bei Neuverpachtung oder Auslaufen des bestehenden Pachtvertrages Anhand von nachhaltiger und klimafreundlicher Nutzung verpachtet werden.
- die ehrenamtliche Arbeit der Naturschutzverbände und -vereine unterstützen.

Bauen und Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und muss für alle Menschen bezahlbar sein. Doch die Realität sieht auch bei uns leider anders aus: Die Mieten sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als Löhne und Gehälter. Und eine eigene Wohnung ist selbst für Menschen selbst mit durchschnittlichen Einkommen fast unerschwinglich geworden. Daran Grundlegendes zu ändern, ist auf kommunaler Ebene unmöglich. Gleichwohl haben auch wir in unserer Gemeinde Möglichkeiten, zur Entschärfung der Krise auf dem Wohnungsmarkt mindestens beizutragen und diese Möglichkeiten wollen wir gezielt nutzen.

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und dabei gleichzeitig sorgsam mit Grund und Boden umgehen. Deshalb hat für uns die Innenentwicklung Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohnbau- und Gewerbeflächen im Außenbereich.

Der öffentliche Raum muss ansprechend gestaltet sein und die Menschen müssen sich hier sicher fühlen. Das schafft Lebensqualität und ermöglicht Begegnung und Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass lärm- und abgasarme und gleichzeitig gesunde Formen der Fortbewegung wie Zufußgehen und Radfahren den erforderlichen Raum bekommen.

Wohnen muss bezahlbar bleiben:

- Wir wollen als Gemeinde grundsätzlich nur noch solche Flächen als Bauland ausweisen, die wir zumindest größtenteils zuvor zu einem angemessenen Preis kaufen können. So können wir bebaubare Grundstücke im Zuge einer sogenannten Konzeptvergabe an den Investor verkaufen, der die geringsten Mieten garantiert.
- Zusammen mit unsere Gemeinde wollen wir auf die Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft einwirken, dass sie noch mehr bezahlbaren Wohnraum in Bad Zwischenahn schafft.
- Wir wollen Baugrundstücke im Eigentum der Gemeinde gezielt Wohnungsbaugenossenschaften zugänglich machen, da diese in der Regel nicht gewinnorientiert arbeiten und damit Wohnungen kostengünstiger anbieten können.
- In Neubaugebieten wollen wir einen Mindestanteil an bezahlbarem oder gefördertem Wohnraum festschreiben
- Wir treten dafür ein, dass bei jedem Bauprojekt ab 20 Wohneinheiten mindestens 20% der Wohnungen zu bezahlbaren Mieten gebaut werden.
- Egal ob zur Miete oder im Eigentum: Eine wachsende Zahl von Menschen lebt in Wohnungen die ihnen zwischenzeitlich längst zu groß geworden sind, weil die Kinder „aus dem Haus“ sind und/oder die Partnerin/der Partner verstorben ist. Diese Menschen wollen wir dabei gezielt unterstützen, freiwillig in eine andere, kleinere Wohnung umzuziehen.

Flächensparend Bauen

- Um zusätzlichen Wohnungsbedarf innerhalb des bebauten Bereichs zu realisieren, setzen wir uns für ein umfassendes Baulücken- und Leerstandskataster ein, in dem Baulücken, Brachen, fehlgenutzte Flächen und Flächen deren bisherige Nutzung in naher Zukunft voraussichtlich aufgegeben wird, erfasst werden.
- Die bestehenden Bau- und Gewerbeflächen wollen wir auf ihr Nachverdichtungspotenzial hin überprüfen und dort, wo die Festsetzungen alter Bebauungspläne einer sinnvollen Nachverdichtung entgegen stehen, diese entsprechend ändern.
- Neue Baugebiete müssen so flächensparend wie möglich erschlossen werden. Wir wollen die Querschnitte der Erschließungsstraßen daher auf das technisch notwendige Maß begrenzen.
- Wir streben eine Gemeinde der möglichst kurzen Wege an. Neue Einzelhandelsgeschäfte für die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sollen deshalb nur noch innerorts entstehen dürfen, den Neubau „auf der grünen Wiese“ lehnen wir ab. Dabei wollen wir insbesondere Anreize für die Ansiedlung solcher Versorger in den Bauerschaften geben.
- Die Ausweisung von Gewerbegebieten muss bedarfsgerecht sein. Eine Flächenbevorratung über den Bedarf hinaus und die Vermarktung von Gewerbeflächen unterhalb ihres Marktwertes lehnen wir ab. Dabei ist darauf zu achten „qualitatives“ Gewerbe anzusiedeln.

Ökologische Maßnahmen

- Die zunehmende sommerliche Erhitzung der Innenbereiche unserer Gemeinde ist ein wachsendes Problem. Deshalb wollen wir Frischluftschneisen erhalten, in denen nachts frische Luft aus der Umgebung in die innerörtlichen Bereichen einströmen kann.
- Öffentliche Grünanlagen müssen erhalten bleiben und die Zahl der innerörtlichen Bäume auf öffentlichen Flächen wollen wir erhöhen, denn Bäume sind wichtige Schattenspenden und sorgen über ihre Verdunstung für Abkühlung.
- Für größere KFZ-Stellplatzanlagen wollen wir je 10 Einstellplätzen die Pflanzung mindestens eines großkronigen Baumes festschreiben.
- Lärmschutzwände und andere technische Zweckbauten wollen wir begrünen.
- Eingriffe in den Naturhaushalt wollen wir bestmöglich vermeiden und nicht vermeidbare Eingriffe in vollem Umfang vor Ort ausgleichen oder ersetzen.
- Bei kommunalen Bauprojekten müssen Materialien aus nachhaltigen Quellen und/oder recycelte Materialien bevorzugt werden
- Wir wollen die Entsiegelung von Flächen durch die Erstellung eines „Entsiegelungskonzeptes“ voranbringen.

Ausweisung von Flächen für die Windenergie

Für die Ausweisung der erforderlichen Flächen für Windkraftanlagen sind in Niedersachsen die Landkreise zuständig. Wir GRÜNEN treten dabei für einen transparenten Planungsprozess ein, in dem die Kriterien für die Auswahl der Flächen für alle nachvollziehbar dargestellt werden. Wir werden darauf achten, dass dabei die Belange der Menschen und von Natur und Landschaft bestmöglich miteinander in Einklang gebracht werden.

Für uns GRÜNE ist nicht nur wichtig, dass wir die Windenergie bedarfsgerecht ausbauen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort davon profitieren: Deshalb wollen wir zu einem gewissen Teil die direkte Beteiligung der Menschen vor Ort an den Anlagen unterstützen – etwa in Form einer Bürgerenergiegenossenschaft oder einer örtlichen Projektgesellschaft. Zu einem anderen Teil sollen die Gelder aus den Windgeschäften für Klima- und Umweltmaßnahmen eingesetzt werden

Durch das sogenannte Beteiligungsgesetz der rot-grünen Landesregierung sind die Windparkbetreiber verpflichtet, der Gemeinde 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde zu zahlen. Allein dadurch fließen je Anlage jährlich rund 30.000 Euro in unseren kommunalen Haushalt. Dieses Geld darf nicht für Aufgaben verwendet werden, zu denen die Kommune sowieso verpflichtet ist, sondern es muss für sogenannte freiwillige Leistungen zum direkten Nutzen von uns allen: Für unser Schwimmbad, die Gestaltung unserer öffentlichen Flächen, unser Dorfgemeinschaftshaus, zur Förderung der örtlichen Vereine etc.

Ausbau der Photovoltaik

Der Ausbau der Photovoltaik ist auch in unserer Gemeinde in den letzten Jahren in riesigen Schritten vorangegangen. Wir streben an, dass jede dafür geeignete bereits versiegelte Fläche mit einer PV-Anlage bestückt wird. Dabei haben wir als Kommune selbstverständlich eine Vorreiterfunktion. Wir wollen alle geeigneten Dächer kommunaler Gebäude bis 2027 mit einer Photovoltaikanlage ausstatten. Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche Parkplätze im Eigentum der Gemeinde sich für die Installation einer PV-Anlage eignen.

Bei der Erzeugung von Solarenergie müssen die bereits versiegelten Flächen (Dächer, Parkplätze etc.) eindeutig Vorrang haben. Gleichwohl ist es erforderlich, in gewissem Umfang auch Freiflächen für PV-Anlagen in Anspruch zu nehmen. Bei der Auswahl der Flächen werden wir weiterhin darauf achten, keine für den Naturhaushalt besonders wertvollen Flächen und keine landwirtschaftlichen Nutzflächen mit gutem landwirtschaftlichen Ertragspotenzial zu belegen. Über Vorgaben im Bebauungsplan wollen wir regeln, dass die Flächen unter und zwischen den Modulreihen so ausgestaltet werden, dass nicht nur das Klima, sondern auch unsere heimischen Arten (vor allem unsere Insekten) davon profitieren.

Mobilität und Verkehr

Wir machen Verkehrspolitik für alle. Dafür müssen auch die Blickwinkel von Kindern und Jugendlichen von älteren Menschen oder von Menschen mit Beeinträchtigungen als selbstverständliche Komponente in die Mobilitätspolitik einbezogen werden. Zusätzlich ist als ländlich geprägter Raum die Einbeziehung unserer vielen kleinen Bauerschaften erforderlich. Wir setzen auf alles, was eine lebenswerte Gemeinde- und Stadtplanung ausmacht: auf sichere und möglichst kurze Wege, auf Bewegungs- und Begegnungsräume, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, ein sicheres Radwegenetz und Gehwege, auf denen auch ein Rollstuhl oder ein Kinderwagen genug Platz haben.

Wir wollen

- Ein intelligente Verkehrssteuerung am Ortseingang und entlang der „Entlastungsstraße“. Dies schafft nicht nur stressfreie Fahrten, sondern sorgt auch für eine bessere Luftqualität
- Wir wollen die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau von Radwegen deutlich erhöhen. Dazu zählt auch ein Fahrradkonzept für den Innenort
- Fuß- und Fahrradwege genießen beim Winterdienst die gleiche Priorität wie Straßen.
- Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen an stark frequentierten Orten und Haltestellen ausgebaut werden.
- Zu Verbesserung der Sicherheit wollen wir zusätzliche Mittelinseln, Zebrastreifen oder Bedarfsampeln wo sie sinnvoll und notwendig sind.
- Wir setzen uns für verlässliche Fahrgastinformationen und ein Mindestmaß an Aufenthaltsqualität an den Haltestellen ein.
- Neue kommunale Fahrzeuge werden – sofern auf dem Markt verfügbar – nur noch mit emissionsfreien Antrieben angeschafft.

Insbesondere im ländlichen Raum wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin das Rückgrat der Mobilität sein und bleiben. Trotz der bisweilen sehr emotional geführten Diskussionen um das EU-weite Verbrennerverbot ab 2035 ist längst klar: Die Zukunft des Autos ist elektrisch. Den Umstieg dorthin wollen wir vorantreiben:

- Die öffentliche Ladeinfrastruktur muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das wollen wir als Kommune in enger Abstimmung mit dem örtlichen Einzelhandel, der Gastronomie und innerörtlichen Unternehmen koordinieren.
- Bei der Neuplanung von Parkflächen wollen wir die Einrichtung von Lademöglichkeiten verpflichtend machen.

- Um das Laden des E-Autos auch für Menschen ohne eigene Lademöglichkeit zuhause attraktiver zu machen, wollen wir vor allem in den dicht besiedelten Bereichen das Laden an der Straßenlaterne ermöglichen.

Kommunale Finanzen

Die Finanzlage unserer Gemeinde ist, im Gegensatz zu den allermeisten anderen Kommunen in Deutschland und in Niedersachsen, solide. Dies kann sich schnell ändern.

Einige Ursachen für Finanzmiseren liegen nicht bei uns selbst und sind deshalb auch nicht beeinflussbar:

- Bund und Land weisen uns Städte, Gemeinden und Landkreise immer mehr Aufgaben zu und liefern das dafür erforderliche Geld zumindest nicht vollständig mit.
- Die Kosten für die von den Kommunen zu erbringenden sozialen Leistungen, die wir nicht in Frage stellen wollen, die uns aber durch Bundes- und Landesgesetze vorgegeben werden, steigen viel schneller als unsere Einnahmen.
- Unsere Konjunktur schwächelt seit mehreren Jahren und das schlägt auf unsere Gewerbesteuereinnahmen durch. Die Gewerbesteuer ist unsere wichtigste Einnahmequelle, aber weil sie vom Unternehmensgewinn gezahlt wird, machen sich konjunkturelle Probleme hier auch am schnellsten und am stärksten bemerkbar.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind ihren Aufgaben entsprechend finanziell auszustatten. Das ist verfassungsgemäß Aufgabe des Bundes und des Landes. Und beide kommen diesem Auftrag seit Jahren nicht nach – egal wer in Berlin und Hannover gerade regiert.

Keine Streichungen kommunaler Aufgaben, Angebote und weitere Investitionen

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sehr zu recht, dass unsere Gemeinde sparsam und sorgfältig mit

ihrem Geld umgeht. Im Großen und Ganzen ist das in den vergangenen Jahren auch passiert. Wir haben trotz angespannter Haushaltslage weiterhin in unsere Schulen, Straßen, etc. investiert. Diese Politik wollen wir weiter fortsetzen. Wir werden das was die Lebensqualität in unserer Gemeinde ausmacht (z.B. Schwimmbad, Dorfgemeinschaftshaus, Sporthalle und -plätze, Jugendzentrum) nicht dem Rotstift des Kämmerers opfern. Auch die notwendige (energetische) Sanierung unserer Schulen, oder die Instandhaltung unserer Straßen müssen weiter angegangen werden.

Wir Grünen lehnen es deshalb ab, der Krise hinterher zu sparen.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Eine starke Wirtschaft ist das Fundament für eine lebenswerte Gemeinde. Die Gewerbesteuer unserer Unternehmen ist die wichtigste Einnahmequelle. Ziele unserer kommunalen Wirtschaftspolitik sind die Sicherung und Verbesserung des regionalen Arbeitsplatzangebots, eine Diversifizierung und damit die Erhöhung der Krisenfestigkeit unserer örtlichen Wirtschaft nicht zuletzt auch zur Sicherung der Finanzkraft unserer Gemeinde. Dabei gilt es, als Kommune intensiv in der gesamten Region zusammenzuarbeiten. Denn Standortentscheidungen von Unternehmen orientieren sich nicht mehr an den Angeboten einer einzelnen Kommune, sondern an den Standortbedingungen eines ganzen Wirtschaftsraums. Darauf wollen wir hinwirken. Zudem setzen wir uns ein für eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen, Landkreisen und regionalen Netzwerken, um gemeinsam unsere regionale Wirtschaft zu stärken und um unnötige Konkurrenzen zwischen Kommunen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Wir wollen

- eine familiäre kommunale Verwaltung, die im Austausch mit den ansässigen Wirtschaftsunternehmen steht
- Effiziente Verwaltungsstrukturen, um Ansiedlungen neuer Unternehmen oder Unternehmenserweiterungen bürokratiearm und lösungsorientiert schnell umzusetzen.
- durch eine stärker gemischte Nutzung der Innenstadt und die Erhöhung der Aufenthaltsqualität unseren örtlichen Einzelhandel beleben, der durch den wachsenden Onlinehandel unter Druck geraten ist. Dazu gehört auch ein Unverpackt-Laden und Zero-Waste-Zentren.
- öffentliche Aufträge im Einklang mit dem Vergaberecht prioritär an örtliche Unternehmen vergeben.
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und beim Einkauf unserer Gemeinde setzen wir auf Nachhaltigkeit, Reparierbarkeit und Langlebigkeit.
- ein möglichst attraktives Umfeld für Start ups schaffen, insbesondere für solche, die nachhaltige Geschäftsmodelle in den Bereichen erneuerbare Energien, Digitalisierung und Ressourcenschutz entwickeln.
- Qualitativ hochwertige und nachhaltige Unternehmen ansiedeln

Kultur und Sport

Kultur und Sport sind zentrale Bausteine für Lebensqualität, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bringen Menschen zusammen, schaffen Identität und stärken das Ehrenamt.

Wir setzen uns dafür ein, Sportangebote weiter auszubauen. Der Umbau des Stadions zu einem übergreifenden Sport- und Freizeitangebot muss weiter vorangetrieben werden. Darüber hinaus muss der Dusch- und Sanitärbereich im Freibad schnellstmöglich erneuert werden.

Wir wollen sowohl den Vereinssport als auch frei zugängliche Bewegungsangebote generationsübergreifend stärken. Neue Trendsportarten, und eine gute Ausstattung der Sportstätten sollen gezielt gefördert werden.

Kultur bereichert unser Leben. Wir Grünen setzen uns für eine verlässliche und nachhaltige Förderung von Kultur ein. Bestehende Kultureinrichtungen sollen in ihrer Arbeit gestärkt und bei Weiterentwicklung und Erweiterung konstruktiv unterstützt werden. Gleichzeitig wollen wir Raum für neue Kultur schaffen: für junge Kulturschaffende, neue Veranstaltungsformate und experimentelle Projekte.

Ein zentrales Anliegen grüner Kommunalpolitik ist der Schutz von Frauen und Mädchen. Gewalt gegen Frauen darf nicht tabuisiert werden. Wir setzen uns für Präventionsarbeit, Beratungsangebote und eine enge Vernetzung mit Hilfsstrukturen ein. Bad Zwischenahn soll ein Ort sein, an dem sich alle Menschen sicher fühlen können – im öffentlichen Raum, im Sport und in der Kultur.

Das Ehrenamt nimmt bei uns einen besonders hohen Stellenwert ein. Die Förderung und Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen und Projekte wollen wir daher weiter voranbringen. Dazu wollen wir eine Online-Plattform etablieren, auf der ehrenamtliche ihr Engagement anbieten können. So wollen wir Vereine und Organisationen Bedarfs- und Interessenorientiert zusammenbringen.

Familie, Jugend und ein gemeinsames Miteinander

Familienfreundlichkeit, gute Bildung und echte Beteiligung sind entscheidend für eine lebenswerte Gemeinde. Wir wollen Bad Zwischenahn gemeinsam mit den Menschen weiterentwickeln.

Eine verlässliche und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist die Grundlage für Chancengleichheit, frühe Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Kitas und Kindergärten in Bad Zwischenahn ein, der sich an den tatsächlichen Bedürfnissen von Familien orientiert.

Kinder und Jugendliche brauchen Raum. Jugendpolitische Themen sollen stärker berücksichtigt werden, etwa durch die Förderung von Jugendtreffs, Beteiligungsformaten und jugendgerechten Freizeitangeboten..

Bürgerbeteiligung ist für uns mehr als Information. Wir wollen neue Wege gehen, z.B. durch digitale Beteiligungsformate oder eine Bürger*innen-App, die Austausch, Transparenz und Mitwirkung erleichtert. Gleichzeitig bleiben persönliche Beteiligungsformate, für alle, die digital nicht erreichbar sind, wichtig. Diese wollen wir einsetzen, um gemeinsam Bad Zwischenahn voranzubringen.

Spielplätze sind wichtige Orte für Bewegung, Begegnung und kindliche Entwicklung. Dass jährlich Mittel im Haushalt bereitgestellt werden, um Spielplätze schrittweise zu erneuern und aufzuwerten, ist richtig und notwendig. Dieses Engagement muss konsequent fortgeführt werden. Dabei sollen Spielplätze vielfältig, inklusiv, naturnah und sicher gestaltet werden.

Bündnis 90/Die Grünen
Ortsverband Bad Zwischenahn
In de Sür 5
26160 Bad Zwischenahn